

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/43

4. März 1976

Bemühung um Abbau von Spannungen geht weiter

Notwendige Feststellungen zu einem aktuellen Thema

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für
Auswärtiges und Vorsitzender des Unterausschusses Ent-
spannung der Nordatlantischen Versammlung

Seite 1 und 2 / 18 Zeilen

Nicht mehr in der Talsohle

Anmerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Februar

Von Egon Lutz MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeitsmarktpolitik
der SPD-Fraktion

Seite 3 und 4 / 52 Zeilen

In Bayern aber ist alles schwarz!

Fakten zu CDU-Behauptungen über die Beamten-Lage
in Bonn

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Mitglied des Bundestags-Innenausschusses

Seite 4 und 5 / 45 Zeilen

Auch verständliche Wut verzerrt die Perspektiven

Alfred Andresch und der Artikel 3 des Grundgesetzes

Von Dieter Lattmann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und
Wissenschaft

Seite 7 und 8 / 97 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
- Postfach: 180 408
- Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 02 88 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Bemühung um Abbau von Spannungen geht weiter

Notwendige Feststellungen zu einem aktuellen Thema

Von Kurt Mettich MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestage für Auswärtiges und
Vorsitzender des Unterausschusses Entspannung der Nordatlantischen Versammlung

Es ist Mode geworden, sich kritisch mit dem Begriff der Entspannung auseinanderzusetzen. Wir hören zunehmend Stimmen, die die Entspannungspolitik insgesamt angreifen.

In den Vereinigten Staaten ist die Entspannungspolitik zu einem Wahlkampfthema geworden. Eine Reihe von Bewerbern um das Amt des Präsidenten der USA versucht sich damit zu profilieren, daß sie heftige Attacken gegen die amerikanische Entspannungspolitik reitet. Einer der prominentesten Kritiker ist Ronald Reagan, der innerhalb der Republikanischen Partei als Konkurrent von Präsident Gerald Ford auftritt. In den Primaries von New Hampshire hat Ford den Entspannungskritiker Reagan nur knapp schlagen können; in Massachusetts und Vermont konnte Ford seinen Vorsprung ausbauen; ein wichtiger Test für die Anziehungskraft der republikanischen Präsidentschaftsbewerber wird sich aber in Florida abspielen, einem Bundesstaat mit konservativem Wählerpotential.

Präsident Ford hat ein starkes Interesse daran, seinen Mitbewerber Reagan gerade auf aussenpolitischem Terrain zu schlagen. Diesen Hintergrund muß man sehen, wenn man die jüngsten Äußerungen des Präsidenten zur Entspannung richtig einordnen will. Ford hat das Interview, in dem diese Äußerungen gemacht wurden, einem Fernsehreporter aus Miami gegeben; es war für die Wähler in Florida bestimmt. Auf die Frage, ob heute aufgrund der chinesischen Opposition ernsthafte Probleme für die Entspannung bestehen, entgegnete Ford, daß er das "Wort Entspannung" nicht mehr gebrauche: "Was wir sagen sollten, ist, daß die Vereinigten Staaten sich mit Supermächten, wie der Sowjetunion und China und anderen treffen und sich bemühen werden, Spannungen abzubauen, so daß wir eine Friedenspolitik durch Stärke fortsetzen können. Wenn wir militärisch stark sind, was wir sind, und wenn wir diese Stärke aufrechterhalten, können wir mit der Sowjetunion, mit China und mit anderen verhandeln, um diesen Frieden aufrechtzuerhalten. 'Détente' ist nur ein Wort, das geprägt wurde - ich glaube nicht, daß es noch anwendbar ist".

Viele Entspannungsgegner in der Bundesrepublik haben in diesen Worten - und dabei war hier sehr viel Wunschdenken im Spiel - eine grundsätzliche Änderung der amerikanischen Entspannungspolitik sehen wollen. Wie wenig dies berechtigt ist, zeigt sich, wenn man in dem gleichen Interview weiterliest.

Hier hat sich nämlich Ford dafür ausgesprochen, über die Realitäten zu sprechen, über die Verminderung der strategischen Nuklearwaffen, über den Handel und über Wissenschaft und ähnliche Fragen, in denen die Vereinigten Staaten aus einer Position der Stärke heraus verhandeln könnten. Es geht also nicht um eine Wende in der amerikanischen Politik, sondern darum, mehr Selbstbewußtsein und Vertrauen in die eigene Kraft zu demonstrieren. Schließlich ist Wahlkampf in USA.

Übrigens hat gerade der Parteitag der KPdSU in der vergangenen Woche die Politik des Generalsekretärs Leonid Breschniew bestätigt.

Worum es jetzt geht, ist das Bemühen, das Gleichgewicht zu sichern und den Abbau von Spannungen als Prozeß fortzusetzen. Über Begriffe läßt sich trefflich streiten. Die praktische Politik muß sich um Ergebnisse bemühen, die den Menschen helfen. Die Formel Frieden durch Stärke allein genügt nicht, denn sie kann kalten Krieg und Wettrüsten bedeuten. Hinzukommen muß, daß im Wege der Verhandlung Spannungselemente in der Welt abgebaut, eingedämmt, gemildert oder ganz überwunden werden. Dieses Bemühen will auch Präsident Ford nicht aufgeben. Daß Abrüstung nur durch ein Gleichgewicht der Kräfte erreicht werden kann, haben auch die Demonstrationen der späten 60er Jahre begriffen. Aber die Stärke Amerikas und der NATO hat weder die Mauer durchlässig gemacht noch die Durchreise zwischen Berlin und Westdeutschland entspannt.

Dagegen haben die Vierer-Vereinbarung und die Verträge für die Berliner und die Deutschen die Lage verbessert. Ein Gebiet, das - wie Berlin-West - durch Fehler der Vergangenheit in seiner Lebensqualität so vom Goodwill seiner politischen geographischen Umgebung abhängig ist, weiß den Sinn einer entspannten Lage schon zu schätzen. Es wäre gefährlich, wollten wir die Politik, für die sich der Begriff der Entspannung nun einmal eingebürgert hat, aufgeben. Entspannung ist eine Bündnisangelegenheit. Wenn sie diesseits oder jenseits des Atlantiks aufgegeben wird, wird das Bündnis Risse zeigen. Dies kann niemand wünschen oder herbeiführen wollen.

Die Nordatlantische Versammlung hat erst vor kurzem einen Unterausschuß Entspannung eingesetzt, dessen Vorsitz mir übertragen wurde. Er wurde ausdrücklich zu dem Zweck gegründet, die Möglichkeiten und Grenzen der Entspannung für das Atlantische Bündnis zu untersuchen. Wir befinden uns mitten in der Arbeit. Nach einer gründlichen Information in Washington vor zwei Wochen findet am 4. und 5. März 1976 eine Sitzung in Bonn statt. Wir wollen hier aus deutscher Sicht die Probleme untersuchen, die sich im Zusammenhang mit der Entspannungspolitik stellen. Unser Bemühen wird es sein, Grundsätze zu formulieren, mit denen wir die Politik fortsetzen und ausbauen können, die bisher zu beachtlichen menschlichen Erleichterungen und Verbesserungen im Ost-West-Verhältnis geführt hat.

Eine Alternative zu diesem Bemühen um Abbau von Spannungen und Sicherung des Friedens hat noch keiner aufgezeigt. (-/4.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Nicht mehr in der Talschle

merkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Februar

Von Egon Lutz MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeitsmarktpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Fachleute zögern noch, von einer Tendenzwende auf dem Arbeitsmarkt zu sprechen, obwohl die Daten des Februar zu vorsichtigem Optimismus höchst berechtigten Anlaß geben. Die Zahl der Arbeitslosen sank zwar nur minimal um 4.267 (oder 0,3 vH) gegenüber dem Vormonat auf 1.346.000, aber im Vorjahr war um diese Zeit noch ein Anstieg der Arbeitslosen um 2,5 vH zu verzeichnen gewesen. Bei einem "kalten Februar" ist das beachtlich, saisonale Einflüsse hätten zu einem ungünstigeren Bild führen müssen.

Warum das nicht so kam, zeigt ein Blick auf die Kurzarbeiterstatistik: Der konjunkturelle Aufschwung spiegelt sich am deutlichsten in diesen Zahlen wieder. Ein Abbau um 33,7 vH, von 743.000 auf nunmehr 493.000, beweist, daß der Aufschwung eingesetzt hat. Die Aufschlüsselung dieser Globalzahlen zeigt, wo das erfolgt: in der Elektrotechnik (- 38 vH), in der Automobilindustrie (- 41 vH), in der Chemiebranche (- 56,5 vH), in den metallverarbeitenden Berufen (- 40 vH) - und nur noch nicht in der Bauindustrie, denn hier war gegenüber dem Vormonat ein Anstieg der Kurzarbeiterzahlen um 6,2 vH zu verzeichnen.

Es bestätigt sich in diesen Zahlen, was für Arbeitsmarktpolitiker ohnehin nicht zweifelhaft war: Im beginnenden Aufschwung werden die Unternehmen die vorhandenen Kapazitäten erst einmal voll ausfahren. Das heißt, im gebremsten Aufschwung des Jahres 1976 spiegelt die Kurve der Arbeitsmarktdaten nur mit erheblicher Zeitverzögerung die tatsächliche konjunkturelle Situation wieder. Eine zweite statistische Größe festigt diese Behauptung: Die Unternehmen disponieren nach wie vor zögernd in Sachen

Einstellung neuer Arbeitskräfte. Der Bestand an offenen Stellen ist zwar um 17.900 auf 208.593 gestiegen, aber saisonal bereinigt hätte es durchaus günstigere Ergebnisse geben müssen. Auslastung der Kapazität und Vorsicht vor neuen Engagements verdunkeln die Statistik.

Insider mutmaßen, daß die vorgezeichnete Situation einen weiteren positiven Trend erhält. Die Zahl der Leistungsempfänger sinkt täglich und im Tausender-Bereich. Die Daten des März, die im April verkündet werden, dürften noch positivere Werte aufweisen. Das wäre keine Überraschung, sondern die arbeitsmarktpolitische Konsequenz der wirtschaftlichen Wiederbelebung. Allerdings wird auch ein Abbau der Arbeitslosenziffern, der jetzt eingesetzt hat und sich in mäßigem Tempo Monat für Monat vollziehen dürfte, den Blick nicht für Strukturachwächen des Arbeitsmarktes verstellen dürfen. Hier muß die Politik ansetzen. Sie darf nicht warten, bis Ungereimtheiten des Arbeitsmarktes politisch brisant werden. Insbesondere dürfte die Entwicklung auf dem Teilarbeitsmarkt der Büroberufe das geschärfte Interesse der Politiker verdienen.

Global gesehen könnte man die Lage auf dem Arbeitsmarkt so beschreiben: Im Aufschwung gibt es einen "Fußkranken", und der ist der Arbeitsmarkt. Es gibt aber viele Arbeitnehmer, die wieder voll ihre Arbeitskraft verwerten können, und nicht wenige, die in dieser Situation einen Sonderbonus durch Mehrarbeit an Land ziehen. Der Aufschwung, der bereits jetzt die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute Lügen strafen könnte, wird allerdings eine Eigengesetzlichkeit entwickeln, die arbeitsmarktpolitisch verwirrende Effekte hat. Der Arbeitsmarkt ist nicht mehr in der Talschle. Nur: Die bequeme Route zum Gipfel zeichnet sich noch nicht ab. Der beruflich trainierte - und weitergebildete - Arbeitnehmer tut gut daran, seine Kletterchancen zu nutzen. Qualifizierte Arbeitnehmer werden wieder zur Rarität: erstaunlicherweise selbst im Baugewerbe.

(-/4.3.1976/va/e/pr)

In Bayern aber ist alles schwarz!

Fakten zu CDU-Behauptungen über die Beamten-Lage in Bonn

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Mitglied des Bundestags-Innenausschusses

Seit dem Vorjahr beglückt die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Konrad-Adenauer-Haus Mitarbeiter der Bonner Ministerien und Verwaltungen mit sogenannten "Informationen für Bonner Bundesbeschäftigte" (ibb). Wer diesen CDU-Propaganda-Dienst liest, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier im weinerlichen Ton Selbstmitleid praktiziert wird nach dem Motto: "Zu unserer Regierungszeit war alles besser und gerechter". So wird das Märchen verbreitet, die früheren CDU-geführten Bundesregierungen hätten objektive Personalpolitik mit Aufstiegschancen für alle betrieben, während seit 1969 angeblich eine einseitige Personalpolitik zugunsten von SPD- und FDP-Parteibuchinhabern Platz gegriffen habe. Das CDU-Benachteiligungslied wird hier gesungen, obwohl jeder weiß, daß die CDU-verbundenen Beamten in den Bonner Ministerien keineswegs ausgestorben, sondern nach wie vor in großer und oft in sehr großer Zahl präsent sind.

Nur wer wie "ibb" davon ausgeht, daß die frühere CDU-lastige Personalpolitik richtig gewesen sei, kann sich zu dem Wahn versteinern, die Kursänderungen seit 1969/1970 als Benachteiligung darstellen zu wollen. Dies entspringt zutiefst einer Gesinnung, die in den Bonner Ministerien einen Naturschutzpark der Unions-Parteien sah oder weiter sehen will. Wenn die Herausgeber von "ibb" aber nun ganz genau wissen wollen, was Parteibuchwirtschaft und ideologische Gleichschaltung im öffentlichen Dienst wirklich sind, dann sollten sie sich einmal mit den Verhältnissen im CSU-Freistaat Bayern befassen. Dort haben Sozial- und Freidemokraten in höheren

und höchsten Positionen der Ministerien keine Chance. Wo gibt es dort z. B. einen Ministerialdirektor, der SPD oder FDP nahesteht oder gar angehört? Während in Bonn die CDU auf allen Ebenen der Beamtenhierarchie ausreichend oder überzogen vertreten ist, hat die CSU in dem von ihr monopolisierten Bayern mit Fleiß dafür gesorgt, daß alle wesentlichen Positionen schwarz eingefärbt sind. Oder anders gesagt: Von der Spitze bis zur Basis ist alles schwarz.

Mit willkürlich herausgegriffenen Beispielen einzelner Beförderungen oder Einstellungen in Bonner Ministerien versucht "ibb" zwar systematisch, aber wenig fundiert den Eindruck zu erwecken, als ob in Bonn nur das sozialliberale Parteibuch regiere. Die Postille wird über stramme Unions-Beamte in die Büros eingeschleust, verbreitet und an Ort und Stelle diskutiert. Die CDU hat damit getreu der Strategie von Sonthofen bereits heute erreicht, daß die Atmosphäre zum Teil vergiftet und emotional aufgeladen ist. Diesen bedenklichen Anzeichen sollten alle besonnenen Kräfte rechtzeitig entgegenwirken. Mit "ibb" hat die CDU jedenfalls einen gefährlichen Weg zur Indoktrination und Verhetzung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes eingeschlagen, der letzten Endes auch der CDU nichts einbringt, dem öffentlichen Dienst aber insgesamt schaden kann. Im Übrigen hat gerade die sozialliberale Koalition mit dem neuen Bundespersonalvertretungsgesetz ein wirksames Instrument geschaffen, um den gewählten Personalvertretungen ein besseres Mitspracherecht auch auf dem Gebiet der Personalpolitik zu sichern. (-/4.3.1976/ve/s/pr)

+ + +

Auch verständliche Wut verzerrt die Perspektiven

Alfred Andersch und der Artikel 3 des Grundgesetzes

Von Dieter Lattmann MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Bildung und Wissenschaft

In einem Gedicht mit dem Titel "Artikel 3(3)" hat Alfred Andersch unlängst gegen reaktionäre Praktiken mit dem Extremistenerlaß Front gemacht. In der Tat gibt es in mehreren Bundesländern eine Massenhysterie der Verketzerung und Gesinnungsachtnüffelei, die einem bundesrepublikanischen McCarthyismus gleichkommt. Eine politische Gegenreformation ist auf dem Plan: Indem man vor- gibt, sich einzig gegen Verfassungsfeinde zu wenden, versucht man, die demo- kretische Linke zu treffen. Verdrängt wird die historische Tatsache, daß in Deutschland noch allemal die SPD den stabilsten Schutz vor Kommunismus ab- gibt.

Vielerorts herrscht ein Klima von Einschüchterung und neuem Mitläufer- tum, das - so meint Andersch - Deutsche in einem Bewußtseinszustand wie kurz vor dem Dritten Reich befangen zeige. Sein Gedicht ist eine Klage und ein Zornausbruch. Einer, der einst als junger Linker die Weimarer Republik zu- sammenstürzen sah, warnt vor der möglichen Wiederholung antidemokratischer Triumphe unter veränderten Vorzeichen.

Anderschs wortgewordene Wut ist aus seiner Biographie heraus erklärlich. Aber sie ist so maßlos und überzogen, daß sie sich in Gefahr begeben hat, das Gegenteil einer Warnung zu bewirken, nämlich um so massivere Aggressivi- tät der vereinigten Reaktionäre, die es in unterschiedlichen Lagern seit einiger Zeit nicht mehr für erforderlich halten, ihre Demokratiefeindlich- keit und ihren nationalistischen Starrsinn weiter zu verbergen.

Andersch schrieb da:

"Ein Volk von
Ex-Nazis
und ihren
Mitläufern
betreibt schon wieder
seinen Lieblingsport
die Hetzjagd auf
Kommunisten
Sozialisten
Humanisten
Dissidenten
Linke
Wer rechts ist
grinst
...

Das neue KZ
ist schon errichtet
die Radikalen sind ausgeschlossen
vom öffentlichen Dienst
also eingeschlossen
ins Lager
das errichtet wird
für den Gedanken an
die Veränderung
öffentlichen Dienstes
die Gesellschaft
ist wieder geteilt
in Wächter
und Bewachte
wie gehabt
ein Geruch breitet sich aus
der Geruch einer Maschine
die Gas erzeugt..."

Ohne Zweifel gibt es viele Politiker, die solche Formulierungen ent- rüstet beiseitewischen in dem unangefochtenen Glauben: Andersch beschreibt ein anderes Land. Doch gerade wegen der manischen Emotionalität, die von nicht

wenigen hierzulande geteilt wird, muß sich Politik, die um nichts dringender als um Demokratie bemüht bleibt, mit Anderschs Provokation auseinandersetzen. Denn in ihr drückt sich die intellektuelle Bereitschaft zu einem Weimarer Mechanismus aus.

In allem Ernst: Politik ist auch ein Kreisverkehr. Man kann so weit nach links gehen, bis man rechts wieder herauskommt. Die Extreme steigern sich wechselseitig bis zur Besessenheit: wie gehabt, Andersch, der lange Jahre die politischen Vorgänge mit Maß und Vernunft beurteilte, müßte es besser wissen. Er müßte wissen, wie gefährlich es ist, den Wandel des öffentlichen Klimas in der Bundesrepublik, den Heinrich Böll mit Recht einen "Rechtsruck" nannte, in unhaltbarer Übersteigerung mit der Bereitschaft gleichzusetzen, neue Konzentrationslager zu errichten.

Tatsache ist: Der politische Handlungsspielraum für Sozialdemokraten hat sich bei uns in den zurückliegenden zehn Jahren zweimal entscheidend verändert. Zunächst ab Mitte der sechziger Jahre der Aufbruch zu einer in Deutschland nicht selbstverständlichen Liberalität und Reformfreudigkeit, ausgelöst unter anderem durch das energische Demokratieverlangen der damals erwachsen gewordenen Generation. Dann unerwartet heftig ab 1973 der Umschwung zu neokonservativen Strukturen mit Anpassungsprozessen unter dem Druck der weltweiten wirtschaftlichen Rezession, des beginnenden Numerus clausus und nicht zuletzt als Echo auf den politischen Terrorismus extremer Minderheiten.

Auf eine fast allgemeine Demokratiebereitschaft folgte eine Verschärfung des Kampfes um Privilegien hinter emotionalen Nebelwänden. Verlaß ist gegenwärtig einmal wieder am sichersten auf den materialistischen Egoismus von einzelnen und Interessengruppen. Auf das scheinbar umfassende Engagement schöpferischer Intelligenzen in der Politik folgte erstaunlich rasch eine neue Flucht in die Vereinzelung. Während hier und dort Verlassenheit und Trauer auf der Endmoräne der Außerparlamentarischen Opposition (APO) einen ohnmächtigen Protest aufpflanzen, karben sich die Mitglieder schlagender Verbindungen mit neuem Stolz die Insignien ihrer Elitevorstellungen ins Gesicht.

Die junge Generation steht teilweise vor verschlossenen Toren der Universitäten, Ausbildungsstätten und Berufe - in der Hoffnung, doch noch hineinzukommen, steht sie großenteils in immer unbeholfenerer Weise wieder stumm. Mit einer Generalverdammung des Landes, in das sie hineingeboren wurde, à la Andersch ist ihr aber nicht das Mindeste geholfen. Auch ein Kurt Tucholsky hätte, als er später zu Tode verzweifelt aus Schweden nach Deutschland schaute, wohl seinen Hohn nicht mehr so vernichtend scharf über die Auswüchse der Weimarer Republik ergossen, sondern sich vielleicht das Nahe-liegende gefragt: Was einer, der Verantwortung mitträgt, in einer allgemein verständlichen Sprache und ohne Überzogenheiten, also für die Mehrheit zur Bewahrung der Demokratie zu leisten vermag.

Zwar befindet sich die Bundesrepublik - wie auch viele Stimmen aus europäischen Demokratien mit Sorge deutlich machen - in einem besorgniserregenden Rückfall in nationalistische Tendenzen, in Apathie gegenüber den Parlamenten und in Reformunvermögen - nicht zuletzt wegen der Blockierung weiter gesetzgeberischer Bereiche des Bundestags durch den Bundesrat. Doch dieses "schwierige Vaterland" (Heinemann) ist der Chance nach immer noch die bisher freieste Demokratie, die Deutsche zustandegebracht haben. Die Auseinandersetzung findet statt zwischen einer bloß formalen Auffassung von Demokratie und jener Überzeugung, die sich mit dem bestehenden Zustand nachgerade nirgends zufrieden geben will, weil ihr der Staat, in dem wir leben, noch lange nicht als die Demokratie erscheint, die das Grundgesetz fordert. Nicht Ruhe, sondern Demokratie ist ihr die erste Bürgerpflicht. (-/4.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller